Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Ecke Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 343. Halle, Freitag, den 25. Juli. 1919.

10000 Arbeiter ausgesperrt.

10000 Arbeiter der Siemenswerke ausgesperrt.

Berlin, 24. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Am Sonnabend wurde in einigen Werken der Siemensfirmen eine Bekanntmachung der Betriebsleitung heruntergerissen, die mitteilte, daß die Werke der Firma am Montag, den 21. d. Mts., wie gewöhnlich zur Arbeit geöffnet wären, trotzdem man der Arbeiterschaft bei früheren Gelegenheiten erklärt hatte, daß die selbständige Abnahme von Bekanntmachungen nicht gestattet sei. Diese Personen wurden deshalb sofort entlassen. Die Arbeiterschaft trat deshalb am Mittwoch aus diesem Grunde in passive Resistenz. Von der Betriebsleitung wurden die Arbeiter aufgefordert, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie fristlos entlassen würden. Wie verlautet, handelt es sich um die Belegschaften des Werkes in Siemensstadt, dem Stammhause der Siemensfabriken, und um die Belegschaften des Kabelwerkes in Gartenfeld bei Spandau. Die Aufforderung der Betriebsleitung zur Arbeitsaufnahme, die bereits gestern vormittag ergangen war, blieb auch am heutigen Tage fruchtlos. Die Arbeiter erschienen zwar heute morgen vollzählig in den Fabriken, weigerten sich aber, irgendwelche Arbeiten auszuführen. Alles gütliche Zureden der Betriebsleitung wurde mit Lachen abgewiesen. Da auf diesem Wege nichts zu erreichen war, wurde der Direktionsaus chuß zu einer Sitzung zusammenberufen und kam heute in der 4. Nachmittagsstunde zu dem Beschluß, die gesamten Arbeiter der in Betracht kommenden Werke restlos auszusperren. Infolgedessen werden heute rund 10 000 Arbeiter des Werner- und Kabelwerkes entlassen. Welche Folgen die Maßregel auf die anderen Fabriken des Wernerkonzerns ausüben wird, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Es ist jedoch zu hoffen, daß die übrige Arbeiterschaft sich durch den unbesonnenen Schritt dieser beiden Betriebsgruppen nicht ebenfalls in einen nutzlosen Streik hineinziehen läßt.

Ein neuer Regierungsblock?

Berlin, 24. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Innerhalb der demokratischen Partei nehmen, wie bestimmt verlautet, die Bestrebungen an Stärke zu, die darauf hinzielen, eine Vereinigung der demokratischen Partei mit der Regierungspartei zur Bildung eines neuen Regierungsblocks herbeizuführen. Man steht auf dem Standpunkt, daß ein Kulturkampf an der Seite der rechtsstehenden Parteien eine schwere politische Krise für das ganze Reich heraufbeschwören werde und daß die Fraktion diese Verantwortung nicht auf sich nehmen könne. Die demokratische Fraktion hielt heute in Weimar eine Sitzung ab, in der man sich eingehend mit dem Schulkompromiß beschäftigte. Für Baden und Hessen erstattete der hessische Kultusminister Dr. Strecker über die dortselbst durch das Schulkompromiß geschaffene Lage Bericht.

Ein Monopol für Zündwaren.

WTB. **Weimar**, 24. Juli. (Drahtnachricht.) Der Zwölferausschuß der Nationalversammlung beschloß mit 17 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie gegen 11 Stimmen die Einführung eines Herstellungsmonopols für Zündwaren bis spätestens 31. März 1921.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund

WTB. **Amsterdam**, 24. Juli. (Drahtnachricht.) Barnes teilt in seiner während der Debatte über den Friedensvertrag im Unterhause gehaltenen Rede mit, daß man bereit sei, Deutschland sobald als möglich in den Völkerbund aufzunehmen, und daß der Vierterrat zugestanden habe, daß zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auch deutsche Vertreter zu der Konferenz zugelassen würden, die die Arbeiterregeln behandeln soll.

Die Spekulation auf die deutschen Werte.

WTB. **Versailles**, 24. Juli. Der Friedensausschuß der Kammer hörte gestern die Fortsetzung des Berichts des Abgeordneten Dubois über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages. Dubois sagte, man frage, ob Deutschland in der Lage sei, die Verpflichtungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Man müsse bedenken, daß die Vermögensaufstellung Helfferichs Objekte in Betracht gezogen habe, deren Wert sich inzwischen wesentlich gehoben habe. Dubois betonte hinsichtlich der Werte Deutschlands im feindlichen Auslande, die meisten Werte befänden sich in Amerika. Frankreich sei in verhältnismäßig ungünstigerer Lage, da nur wenig deutsche Werte in Frankreich seien.

Die Beschlagnahme eines deutschen Dampfers.

WTB. **Stettin**, 24. Juli. Wie bereits gemeldet, ist der der Neederei Kunstmann, Stettin, gehörende Dampfer „Holsatia" für mehrere Reisen von Libau nach Narwa mit Ententetruppen, Pferden und Munition beschlagnahmt worden, wogegen die deutsche Gesandtschaft in Mitau schärfsten Protest erhoben hat. Inzwischen wird gemeldet, daß infolge des Einspruches des Kapitäns Rolling die lettische Besatzung, die sich auf Befehl des englischen Gouverneurs bereits einige Stunden an Bord befand, abgerufen und die deutsche Besatzung der Neederei Kunstmann wieder an Bord gegangen ist. Der Dampfer „Holsatia" ist nun unter deutscher Flagge und in Begleitung von zwei englischen Torpedobootszerstörern von Libau nach Narwa in See gegangen. Die englischen Behörden haben den Schutz der deutschen Besatzung versprochen.

Heimkehr der Kriegsgefangenen.

WTB. **Amsterdam**, 24. Juli. „Daily News" vom 22. meldet, daß Vorbereitungen getroffen worden sind, um eine große Zahl deutscher Kriegsgefangener auf dem Wege über Dover—Rotterdam in die Heimat zurückzubefördern. Der erste Transport hat sich am 21. d. M. auf dem Dampfer „Van Dennia" in Dover eingeschifft.

Der Ministerpräsident über die Kriegsgefangenenfürsorge.

WTB. **Weimar**, 24. Juli. Ueber die Kriegsgefangenenfürsorge sagte der Ministerpräsident Bauer nach folgendes:

Die Fürsorge für die Kriegsgefangenen, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wird den militärischen Behörden genommen und vollständig den Zivilbehörden unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums übertragen. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge muß auf völlig neue Grundlage gestellt werden. Diese Arbeit wird mit allen Kräften gefördert unter aktiver Mitwirkung von Vertretern der Kriegsbeschädigtenorganisationen, wie überhaupt bei der Durchführung der Fürsorge Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene in weitestem Maße mit herangezogen werden sollen. (Lebhafter Beifall.) Ob freilich allen Wünschen Rechnung getragen werden kann, ist schwer zu sagen. Was hätte alles getan werden können, wenn nur einige der Milliarden, die der Zerstörung gedient haben, für den inneren Aufbau des Volkes verwandt worden wären! (Lebhafte Zustimmung.)

Dänemark und die nordschleswigsche Frage.

WTB. **Kopenhagen**, 24. Juli. (Drahtnachricht.) Der nordschleswigsche Reichstagsausschuß hielt gestern vormittag und nachmittag zwei geheime Sitzungen ab, an denen der Minister für Schleswig, Hansen, der Ministerpräsident, der Außenminister, der Finanzminister und der Handelsminister teilnahmen. Ministerpräsident Zahle sprach sich nach dem amtlichen Referat über die Grundsätze aus, die beim Uebergang von dem jetzigen Rechtszustand in Schleswig zur dänischen Gesetzgebung zur Anwendung gebracht werden sollen. Finanzminister Brandes machte Mitteilungen über die wirtschaftlichen Folgen bei der Wiedervereinigung, indem er u. a. die Regeln darlegte, wonach Dänemark wahrscheinlich die Entschädigungen bei der Uebernahme zu entrichten haben werde. Zur Behandlung dieser Frage wurde ein besonderer Unterausschuß eingesetzt. Der Handelsminister machte Vorschläge für die Einführung einer dänischen Seegesetzgebung in Nordschleswig. Schließlich empfing der Ausschuß eine Deputation nordschleswigscher Bankinstitute. Der Vorsitzende, Bankdirektor Hubbe aus Hadersleben, trug die Wünsche der verschiedenen vertretenen Institute bei der geplanten Errichtung einer Abwicklungskasse vor.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

WTB. **Amsterdam**, 24. Juli. (Drahtnachricht.) Heute treffen hier die deutschen, englischen, amerikanischen, schwedischen und wahrscheinlich auch die belgischen und schweizerischen Abgeordneten zum internationalen Gewerkschaftskongreß ein.

Tagung der polnischen Kommunisten.

WTT. **Benthen**, 24. Juli. (Drahtnachricht.) Der Katholik meldet: Am Mittwoch fand in Sosnowice ein Delegiertentag aller Kommunisten von Kongreßpolen statt, bei dem besonders Vertreter aus den polnischen Industriebezirken Lodz und Warschau anwesend waren. Seitens der polnischen Regierung wurden sämtliche 183 Teilnehmer angeblich wegen politischer und krimineller Umtriebe verhaftet.

Die Revolution in Kroatien.

WTB. **Budapest**, 24. Juli. Das ungarische Tel.-Korr.-Bureau erhält von verschiedenen Orten der Demarkationslinie Meldungen über den Ausbruch einer Revolution in Kroatien. Die Serben versuchen, die kroatischen Revolutionäre durch Militär niederzuhalten. An mehreren Orten kam es zu Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten. Weitere Meldungen besagen, daß die kroatischen Soldaten in verschiedenen Städten die selbständige kroatische Republik ausgerufen und für die ungarische Räterepublik demonstriert hätten. Stellenweise haben die kroatischen Soldaten die Demarkationslinie überschritten und verbrüdern sich mit den ungarischen Soldaten.

Wilsons Opposition.

WTB. **Versailles**, 24. Juli. Der Sonderberichterstatter der „Echo de Paris" aus Washington meldet, daß die Führer der Opposition im Senat Wilson mitgeteilt hätten, daß 35 Senatoren entschlossen seien, den Friedensvertrag abzulehnen. Senator Morris, der Anhänger des Völkerbundes ist, habe sich geweigert von Präsident Wilson vertrauliche Mitteilungen über den Friedensvertrag in Empfang zu nehmen. Man glaube, daß er Wilson wegen der Schantung-Frage erneut angreifen wolle.

Rückblick auf den demokratischen Parteitag.

Die Tage vom letzten Sonnabend bis zum Dienstag sahen in Berlin eine Tagung, die eine Fülle demokratischer Gedanken und Ideen ausfluten ließen. Der erste Demokratische Parteitag hat gehalten, was er versprochen hatte. Mehr noch, die Erwartungen sind übertroffen worden, und die Reaktion, die da glaubte aus mancherlei Unstimmigkeiten Hoffnungen auf eine Zersplitterung der Demokratie setzen zu können, hat eine erfreulich starke Enttäuschung erleben müssen. Die Größe dieser Enttäuschung spiegelt sich in den gehässigen und erbärmlichen Angriffen wider, die rechtsstehende Blätter der Demokratie und ihrer Tagung widmeten. Der demokratische Gedanke marschiert! Diese Lehre werden auch die reaktionären Presseorgane wie die rechtsstehenden Politiker überhaupt aus dem Parteitage ziehen können, wenn sie nicht völlig verblendet sind und sich den Rest eines klaren Blickes erhalten haben.

Eines ist allerdings festzustellen: Der Demokratische Parteitag konnte eine gewisse abschließende Arbeit nicht leisten! Die Fülle der ihm zugewiesenen Aufgaben war viel zu groß, als daß sie in 3½ Tagen hätte erledigt werden können. Man braucht sich nur zu erinnern, daß die Mehrheits-Sozialdemokratie für ihre Tagungen immer eine volle Woche auch dann benötigt, wenn die Tagesordnung weniger belastet ist. Hier aber sollte die Hälfte der Frist genügen. Das war unmöglich und daran konnten auch alle Schlußanträge und die knappsten Fristen für die einzelnen Redner, sowie eine schneidige energische Verhandlungsführung nichts ändern. Unmögliches konnten auch die demokratischen Delegierten nicht vollbringen. Und sodann noch eines: Vielleicht war auch die Zahl der Delegierten überhaupt eine zu große. So wurde man durch die Nichterledigung der Tagesordnung in die Zwangslage versetzt, noch in diesem Jahre einen zweiten Parteitag abhalten zu müssen, der dann abschließende Arbeit wird leisten müssen. Das ist dringend erforderlich, wenn die deutsche demokratische Partei nicht in einen schweren Wahlkampf gehen will, ohne ein klares, festumrissenes Programm zu besitzen.

Drei Dinge sind es, die der Parteitag zu erledigen hatte. Einmal galt es die Ansichten zu klären über die bisher von der demokratischen Fraktion in der Nationalversammlung in Weimar betriebene Politik. Dazu gehörte auch die Stellungnahme zur Friedensfrage und der Austritt aus der Regierung. Sodann waren Parteistatuten festzulegen und endlich sollte das Parteiprogramm geschaffen und genehmigt werden. Jeder dieser drei Punkte hätte allein die Frist von 3½ Tagen ausfüllen können. Dazu kommt, daß die Politik der demokratischen Fraktion in der Preußischen Landesversammlungen gar nicht zur eingehenden Besprechung kommen konnte. Auch das bleibt zu bedauern, wenn auch gewiß die Landesversammlung an Bedeutung ihrer Verhandlungen hinter der Nationalversammlung zurückbleibt. In der allgemeinen Reichspolitik billigte der Parteitag die in Weimar betriebene Politik. Herr v. Richthofen vermochte seine Ideen nicht zum Siege zu verhelfen, obwohl er sie in äußerst geschickter Weise vorzutragen verstand. Die überwiegende Mehrheit ging mit Naumann, der das Nichtunterschreiben des Friedensvertrages verteidigte. Vielleicht kann man die große Schärfe bedauern, die der beliebte Friedrich Naumann, der in seinen Gedanken und Ideen in allen Stürmen der Zeit jugendfrisch geblieben ist, gegenüber Richthofen anwandte. Aber es spielen hier doch auch Vorgänge mit, die Naumann nicht einmal erwähnte, die diese Schärfe begreiflich erscheinen lassen. Wir wollen keinen demokratischen Erzberger! Von dieser Sorge geleitet, fand Naumann bei einem Teile der Delegierten besonders lebhaften Beifall. Weniger einmütig war man in der Frage, ob es klug war, daß die Fraktion aus der Regierung ausgeschieden ist. Zwar wurde auch dieser Akt gebilligt, aber doch nicht mit der gleichen Einmütigkeit. Die Opposition dachte hierbei an das kaudinische Joch, das das Zentrum jetzt der Sozialdemokratie aufrichtet und durch das die Partei mit den vielen Millionen Stimmen gehen muß, wenn auch widerwillig. Sie ist der Politik des Zentrums nicht gewachsen, was führende Männer in der Sozialdemokratie auch durchaus anerkennen, und hätte die Unterstützung der Demokratie dringend nötig gehabt, um eine Politik treiben zu können, die wirklich demokratisch ist. Aus diesen Gründen heraus macht sich in der deutschen demokratischen Partei auch eine starke Strömung bemerkbar, in die Regierung zurückzukehren, um das sonderbare Ehepaar nicht allzulange allein zu lassen. Es macht sich der energische Wille bemerkbar nach einer möglichst aktiven Betätigung in der Politik. Man drängt nach der Verantwortlichkeit, durch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190725016/fragment/page=0001

die man jene Politik zu verhindern hofft, die die Sozialdemokratie jetzt an der Seite des Zentrums macht. Die traurigen Erlebnisse beim Schulkompromiß, wo die Sozialdemokratie Schritt für Schritt den zentrümlichen Wünschen erlag, schrecken, und sie können auch solche Politiker für einen Wiedereintritt in die Regierung geneigter machen, die das schwarz-rote Ehepaar an sich recht lange gemeinsam wirtschaften lassen möchten, um dem Volke gleich eine Fülle abschreckender Beispiele zu zeigen. Wir unsererseits sind nach wie vor der Meinung, daß man auch die aktive Betätigung innerhalb der Regierung nicht überschätzen darf. Heute liget die Sache doch so, daß ein jedes zu eifrige Drängen nach der Verantwortlichkeit innerhalb der Regierung leicht zu einer schweren Schädigung demokratischer Ideen führen kann. Trotz des beklagenswerten Schulkompromisses möchten wir der Demokratie wünschen, daß ihre Vertreter nicht Platz zu nehmen brauchen in einem Kabinett, in dem ein Erzberger sitzt. Man muß einigermaßen die Zuversicht haben, daß wirklich demokratische Politik getrieben wird, wenn die Demokratie erneut die Regierung stützen soll. Da der Appetit bekanntlich mit dem Essen kommt und das Zentrum naturgemäß sich durchaus wohl in seiner beherrschenden Stellung fühlt, wird es heute schwer sein, das Recht für eine derartige Zuversicht zu bekommen.

Lebhaft umstritten war sodann die Stellung der Fraktion zur Frage der drei- oder fünfjährigen Legislaturperiode. Nur mit einer geringen Mehrheit wurde das strikte Ersuchen an die Fraktion in Weimar abgelehnt, bei der dritten Verfassungslesung für die dreijährige Legislaturperiode einzutreten. Der schließlich zur Annahme gekommene Antrag des württembergischen Parlamentariers Dr. Hugo Elsas will im Grunde genommen zwar dasselbe, er legt die Fraktion aber weniger fest und überläßt ihr die letzte Entschidung selbst.

Die auf der Tagung zusammengesetzte Programmkommission wird in den nächsten Monate eine überaus schwierige und wichtige Arbeit zu bewältigen haben. Letzten Endes ist der Geist entscheidend, der einem Programm innewohnt, nicht das Wort. Und doch darf man hier auch das Wort nicht unterschätzen. Nach dem Parteiprogramm soll in den großen und kleinen Volksvertretungen im Reich, in den Staaten und in den Gemeinden gearbeitet werden und mit dem Parteiprogramm in der Hand wollen wir weitere Hunderttausende von Wählern für die Demokratie gewinnen. Löst die gewählte Kommission ihre Aufgabe in dem Geiste, der den ganzen Parteitag beherrschte, dann wird sie Großes für die Verbreitung der großen demokratischen Idee getan haben. Allein in den Fragen der wirtschaftspolitischen Haltung scheint uns eine weitere Klärung nötig zu sein, die der nächste Parteitag hoffentlich bringen wird. Eine selten starke Einmütigkeit herrschte dagegen bei allen kulturellen Fragen, über die Friedrich Naumann in so meisterlicher Weise zu sprechen wußte. Wir können auch weiter sagen, daß noch nie auf einer demokratischen Tagung die Notwendigkeit einer nationalen, sozialen und demokratischen Politik so klar und eindringlich betont worden ist. Wir wollen uns in der nationalen Gesinnung nicht von denen übertreffen lassen, die das Wort national fast berufsmäßig mißbrauchen, und ebensowenig will sich die Demokratie in sozialer Hinsicht von der Sozialdemokratie überbieten lassen. Darum national und sozial auf der Grundlage einer demokratischen Politik bis auf die Knochen! Das frische Blut, das in die Partei hineingekommen ist, die helle Begeisterung für die demokratischen Ideale, die überall zutage trat und die heilige Ueberzeugung für die Richtigkeit dieser Ideale — das sind die Eigenschaften, die die Demokratie auch ferner siegreich vorwärts bringen müssen und auch vorwärts bringen werden!

Carl Holms.

Erzbergers Einigung mit den süddeutschen Finanzministern.

WTB. Berlin, 24. Juli. Wie die „Voss. Ztg." aus zuverlässiger Quelle aus Stuttgart erfährt, ist zwischen dem Reichsfinanzminister Erzberger und den süddeutschen Finanzministern in der Frage der Ausgestaltung der Reichssteuergesetze eine Einigung erzielt worden.

Die Ministerkonferenz in Düsseldorf.

WTB. Düsseldorf, 24. Juli. Nachdem gestern die allgemeine Aussprache über die rheinisch-westfälische Frage unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Hirsch zu Ende geführt worden ist, soll über den dem Landtage unterbreiteten Autonomie-Gesetzentwurf und die wirtschaftlichen Fragen gesprochen werden. Die Vertreter der Regierung beabsichtigen, heute abend nach Berlin zurückzukehren.

Neue schwere Anklagen gegen Erzberger.

Graf Wedel gegen den tatsächlichen Leiter der deutschen Repuplik. — Erzbergers eigenmächtige diplomatische Tätigkeit in Wien. — Czernins Geheimbericht von Erzberger „indiskret verwertet".

Unter der Ueberschrift „Der Immediatbericht des Grafen Czernin vom 12. April 1917" veröffentlichen die „Hamburger Nachrichten" Darlegungen des Botschafters a. D. Grafen Wedel zu der viel erörterten Mission des Herrn Erzberger in Wien, die Graf Wedel dem Blatte auf dessen Bitte zur Verfügung gestellt hat. Es heißt in dem umfangreichen Aufsatz u. a.:

„Die „Deutsche Allgemeine Zeitung„ vom 2. Juli brachte von besonderer Seite eine Zuschrift, in welcher gesagt wird:

„Im April 1917 war ein dringlicher Bericht Czernins in Berlin eingegangen, die Monarchie stände vor sehr ernsten inneren Zersetzungen. Ueber das Jahr hinaus sei an einen Widerstand nicht zu denken. Daraufhin reiste Erzberger in Bethmanns Auftrage nach Wien und erreichte in Verhandlungen mit dem Kaiser Karl und Czernin, daß überstürzte Friedensschritte unterblieben. Die Reichsregierung allerdings schlug die Schicksalsmahnung aus Wien, die dann ein Jahr später zu der lange vorher geahnten Katastrophe führte, in den Wind und glaubte, mit dem Erfolge der Erzbergerschen Reise sei alles Nötige getan. Weiter heißt es: Zweck und Ergebnis der Wiener Reise Erzbergers sei gewesen, Oesterreich-Ungarn bei der Stange zu halten und ihm den Rücken zu stärken."

Diese Dinge liegen anders. Bald nach der Petersburger Märzrevolution 1917 begann man in maßgebenden Wiener Kreisen nervös zu werden. Der Außenminister Graf Czernin überreichte dem Kaiser Karl am 12. April einen Immediatbericht, der für das deutsche Hauptquartier bestimmt war und durch den Flügeladjutanten Grafen Ledochowski in Homburg übereicht wurde. Der Bericht entwarf ein

äußerst pessimistisches Bild über die Lage in Oesterreich.

Der Immediatbericht sollte die deutsche Regierung und Heeresleitung beeinflussen, das Vertrauen in einen guten Ausgang erschüttern und einen fast gleichzeitig unternommenen Versuch unterstützen, Deutschland zu einem Abtretungsfrieden, also einem Bekenntnis der Niederlage zu bewegen. Kaiser Karl und Czernin machten bei einem Besuch in Homburg den Vorschlga,

Deutschland solle Elsaß-Lothringen an Frankreich abtreten.

Oesterreich sei zu Gebietsabtretungen bereit und wolle das ohnehin verlorene Galizien zu Polen schlagen, Polen mit Galizien der deutschen Interessensphäre überlassen.

Der Immediatbericht machte im deutschen Hauptquartier nicht den gewünschten Eindruck, und zwar wegen seiner Uebertreibungen. Nach den Erfolgen der nächsten Monate machte in Wien die deprimierte Stimmung einer zuversichtlicheren Platz.

Aus der erwähnten Notiz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" müsse der Leser den Eindruck gewinnen, daß Herr v. Bethmann Herrn Erzberger ob des Czerninschen Berichtes vom 12. April ins Vertrauen zog und nach Wien sandte, um Kaiser Karl und Czernin aufzurichten und überstürzte Friedensschritte zu verhindern, eine Aufgabe, der sich Herr Erzberger erfolgreich unterzog. Wie ich höre, bestreitet Herr von Bethmann, Herrn Erzberger Mitteilungen aus dem Immediatbericht Czernins gemacht zu haben — solche Vertrauensseligkeit wäre auch unbegreiflich. Er

bestreitet desgleichen, Herrn Erzberger nach Wien gesandt zu haben.

Dazu lag auch kein Anlaß vor. Dazu standen die Botschaft in Wien und die österreichisch-ungarische Botschaft in Berlin zur Verfügung. Graf Czernin hat niemals verfrühte Friedensschritte ohne Deutschlands Einverständnis beabsichtigt. Die Geschichte von der

Entsendung des Herrn Erzberger mit der Kampferspritze

nach Wien ist daher unverständlich. Herr Erzberger hat während des Krieges oft aus eigener Initiative Reisen ins Ausland unternommen. Er versäumte nie, vorher beim Reichskanzler oder beim Auswärtigen Amt zu seiner Orientierung vorzusprechen. Herr Erzberger berief sich dann im Auslande auf diese Besprechungen, und man hielt ihn für einen Abgesandten der Regierung. Wiederholt galten Herrn Erzbergers Reisen der österreichischen Hauptstadt. Herr Erzberger hat am 25. April 1917 dem Staatssekretär Zimmermann eine Aufzeichnung über Besprechungen in Wien am 22. und 23. April mit dem Kaiser, Mitgliedern der Familien Parma und Braganza und dem Grafen Czernin zugestellt. Diese Aufzeichnungen stimmten selbst nicht recht zu der Darstellung der besonderen Seite der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Herr Erzberger erzählt darin seine Eindrücke aus den Aeußerungen des Kaisers und seines Ministers, namentlich deren Zweifel an der Wirkung des U-Bootkrieges. Im übrigen bemerkte Erzberger in seiner Aufzeichnung, der Kaiser habe erklärt, daß in drei bis vier Monaten von den Mittelmächten eine entscheidende Friedensaktion eingeleitet werden müsse. Bis dahin solle keine öffentliche Erklärung erfolgen. Drei bis vier Monate später war gerade eben die Zeit der Reichstagsresolution vom 17. Juli und ebenso die Zeit, als Herr Erzberger den Czerninschen Bericht anders verwertete. Herr Erzberger wußte also einiges von Czernins Bericht. Später stellte sich heraus, daß

Herr Erzberger den streng geheimen Bericht selbst in Händen hatte.

In Wien war eine hochnotpeinliche Untersuchung die Folge, da ein Vertrauensbruch von amtlicher Seite vermutet wurde, bis es sich herausstellte, daß Herr Erzberger den Bericht zwar aus Oesterreich, aber von anderer Seite bezogen hatte.

Es war für Berlin und Wien eine sehr unerfreuliche Ueberraschung, als eine rheinische Zeitung den Geheimbericht des Grafen Czernin ungeniert besprach. Es wurde festgestellt, daß Herr Erzberger in einer Versammlung — wenn ich nicht irre, in Frankfurt am Main — ihn vertraulich verwertet hatte.

Das Geheimnis fand seinen Weg nach Paris.

Der geheime Immediatbericht Czernins wurde von einer französischen Zeitung — ich glaube, es war der „Temps" — mit besonderer Genugtuung besprochen. Wenn man den Inhalt des Berichtes ins Auge faßt, so kann man sich den Eindruck vorstellen, den er bei der Entente machte. Ein französischer Diplomat hat in Wien verraten, es habe 1917 einen Augenblick gegeben, wo Lloyd George, der über Krieg und Frieden entschied, in seiner Siegeszuversicht infolge der Wirkung des U-Boot-Krieges wankend geworden und Verständigungsgedanken nicht ganz unzugänglich gewesen sei. Lloyd George und Ribot hätten im Begriff gestanden, nach Rom zu reisen, um mit den italienischen Kollegen

die Frage eines Verständigungsfriedens zu beraten.

Die geplante Reise sei aufgegeben worden, weil durch das Eintreffen österreichischer Nachrichten die Lage sich geändert habe. Der Diplomat hat auch verraten, daß der Immediatbericht Czernins in Paris bekannt wurde und in den amtlichen Kreisen großes Aufsehen erregte. Man habe danach geglaubt, daß Oesterreich, vielleicht auch Deutschland, nahe vor dem inneren Zusammenbruch ständen. Man habe geglaubt, den Sieg in der Tasche zu haben und habe dementsprechend

den Verständigungsgedanken definitiv fallen gelassen.

Sogar der Gedanke eines Sonderfriedens mit Wien, auf den man zeitweise gehofft habe, habe an Interesse verloren. Man habe jeden Monat, fast jede Woche den Zusammenbruch der Mittelmächte fest erwartet und habe sich deren kraftvolle Offensive im Herbst 1917 und im Frühjahr 1918 gar nicht erklären können. Man habe vor einem Rätsel gestanden.

Um die Angelegenheit noch klarer zu stellen, kann ich es nicht vermeiden, eine Indiskretion zu begehen. Graf Czernin hat mir gesagt, ihm sei von Verhandlungen Herrn Erzbergers zur Verhinderung verfrühter Friedensschritte, die er nie beabsichtigt habe, nichts bekannt. Herr Erzberger habe ihn besucht und mit ihm über die Lage gesprochen, die man beiderseits ziemlich pessimistisch beurteilt habe. Eine Abweichung der Ansicht müsse er bezüglich der Wirkung des U-Boot-Krieges feststellen. Er, Czernin, habe auch diese schon damals sehr pessimistisch beurteilt, während Herr Erzberger hoffnungsvoller gewesen sei. — Das wird durch Herrn Erzbergers Aufzeichnung vom 25. April bestätigt. Ferner hat mir Graf Czernin schriftlich mitgeteilt, als er später den Gebrauch des Immediatberichts erfuhr, den Herr Erzberger für nützlich befand, habe er, Czernin, Herrn Erzberger veranlaßt, nach Wien zu kommen, um von ihm

Rechenschaft wegen der indiskreten Verwertung seines Geheimberichts zu verlangen.

Auf die Folgen aufmerksam gemacht, sei Herr Erzberger sehr erschüttert gewesen und habe seine schweren Fehler eingesehen. Ein einwandfreies Zeugnis von anderer Seite und beweiskräftige Dokumente seien für die Affäre vorhanden. Unter diesen Umständen bekommen die Wienreise des Herrn Erzberger und die angebliche Rettung der Situation allerdings ein anderes Gesicht.

Monarchistische Strömungen in der Reichswehr.

Am letzten Montag sah der Schreiber dieser Zeilen in Berlin einrückende größere Truppenmassen, an ihrer Spitze Kavallerie mit schwarz-weißen Fähnchen. Den Musikkapellen folgten eine Anzahl von Infanteriekompagnien, von denen jede an der Spitze demonstrativ eine schwarz-weiß-rote Fahne trug. Die dann folgenden Maschinengewehre waren gleichfalls mit den alten Reichsfarben geschmückt, die unsere Truppen so oft von Sieg zu Sieg geführt haben. Und ebenso waren auch die den Abschluß bildenden Geschütze mit den alten Reichsfarben geschmückt. Einige radikale Elemente schimpften, die große Masse der Bevölkerung aber jubelte den alten Farben zu. Auf dem Berliner Polizeipräsidium hatten andere Truppenteile, angeblich die aus Saloniki heimgekehrten, eine bekränzte schwarz-weiß-rote Fahne befestigt und ebenso wehte für drei Tage auf dem ehemaligen Kaiserschloß die Marinekriegsflagge!

Jetzt wird dem „Vorwärts" geschrieben:

Mittwoch vormittag rückte die bisher in Dahme bei Jüterbog untergebrachte „eiserne Eskadron", die zum Garde-Kavallerie-Schützen-Korps gehört und nun in die Reichswehr übernommen wird, in Berlin ein. Sie sammelte sich, ihre Reiter voran, am Schiffbauerdamm und zog mit wehenden schwarz-weiß-roten Fahnen in die Moabiter Kaserne. Von dort aus wurde ein Umzug angetreten. Der Rittmeister Graf v. Bassewitz befahl dem Musikmeister, am Bismarckdenkmal „Heil dir im Siegerkranz" zu spielen und auf die Einwendungen des Musikmeisters erklärte der gräfliche Rittmeister: „Wenn sich da einer muckst, wird er so auf die Schnauze geschlagen, daß er nicht mehr aufsteht."

Der Umzug wurde angetreten, einige Schutzleute vom Kriminalgericht gingen mit und sperrten die Straße am Bismarckdenkmal für die Defilierung, die tatsächlich unter den Klängen des „Heil dir im Siegerkranz" erfolgte, ab. Auch das Auto eines italienischen Offiziers mußte solange warten. Nach dieser Heldentat wurden die Truppen in ihre Quartiere in der Luisenstraße geführt.

Da Mittwoch, abends gegen 10 Uhr, weder beim Reichswehrministerium, noch beim Garde-Kavallerie-Schützen-Korps oder beim Korps Lüttwitz, noch sonst bei einer maßgebenden Stelle Auskunft zu erlangen war, fehlt uns die Möglichkeit, eine Aeußerung von dieser Seite mitzuteilen.

Ein interessantes Schreiben.

Generalleutnant von Hofmann, der Führer des Reichswehrgruppen-Kommandos I, richtete an Noske nach dem „Vorwärts" folgenden Brief:

Reichswehr-Gruppen-Kommando I.

I. a. Nr. 11 103/A 1.

Berlin, d. 11. Juli 19.

An den
Herrn Reichswehrminister.

Die von mir wiederholt dem Herrn Reichswehrminister und dem Herrn Kriegsminister vorgetragenen Bitten, das Offizierkorps gegen die gehässigen Angriffe des „Vorwärts" in Schutz zu nehmen, haben leider nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Es vergeht vielmehr kaum ein Tag, ohne daß der „Vorwärts" in mehr oder weniger versteckter Form seiner Abneigung gegen das Offizierkorps Ausdruck verleiht. Die Wirkung einer solchen Hetze kann nicht ausbleiben. Sie muß dazu führen, daß das Offizierkorps mit Groll gegen die Mehrheitssozialistische Partei erfüllt wird. Wie ich aus zahlreichen Aeußerungen aus der Mitte der Truppen ersehe, liegt die Gefahr vor, daß sich die berechtigte Entrüstung nicht nur gegen die hinter dem „Vorwärts" stehende Partei, sondern auch gegen die in der Mehrzahl aus der Mehrheitssozialistischen Partei hervorgegangene Regierung richtet. Wenn auch der „Vorwärts" kein offizielles Regierungs-, sondern ein Parteiorgan ist, so betrachtet doch die öffentliche Meinung einstimmig die im „Vorwärts" vorgebrachten Ansichten und Urteile als übereinstimmend mit denen der Regierung angehörigen Männer der Mehrheitssozialistischen Partei. Diese Tatsache berechtigt das Offizierkorps zu der nachdrücklichen Bitte, von der Regierung gegen den das Offizierkorps verunglimpfenden Ton des genannten Blattes vertreten zu werden.

Ich benutze zugleich die Gelegenheit, um zu einer neu auftauchenden Erscheinung Stellung zu nehmen, deren enge Beziehung zur Schriftleitung des „Vorwärts" unschwer zu erkennen ist. Es handelt sich um den „Republikanischen Führerbund". Gegen den Zusammenschluß der Offiziere zwecks Vertretung ihrer wirtschaftlichen und berufsständigen Interessen ist gewiß nichts einzuwenden; beim „Republikanischen Führerbund" aber handelt es sich, wie schon der Name zeigt, um einen Verein mit ausgesprochen politischer Tendenz. Ich kann nicht scharf genug davor warnen, die Politik ins Heer zu tragen. Verwirrung, Zersplitterung und letzten Endes Zerfall der Truppe würden die Folgen eines solchen Fehlers sein.

Ich habe die Offizierkorps der mir unterstellten Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190725016/fragment/page=0002

bände von meiner Auffassung über den „Republikanischen Führerbund“ unterrichtet.

Der kommandierende General.
J. V. gez. von Hofmann, Generalleutnant.

Reichswehrbrigade 15. Berlin, 17. Juli 19.
Berlin.
Abt. I. c. Nr. 1239.

U Umdruck an alle Formationen zur Kenntnis.
A. B.
Koppe, Oberleutnant u. Adj.

„Dieses Schreiben“, bemerkt der „Vorwärts“ hierzu, „stellt ein kaum zu überbietendes Maß von Ueberhebung dar. Während Herr von Hofmann dem „Vorwärts“ das Recht abzusprechen versucht, Kritik an gegenrevolutionären monarchistischen Kundgebungen von Offizieren zu üben, verlangt er von unseren Genossen in der Regierung, daß sie sich gegen eine der heutigen Regierungsform entsprechende Organisation von Offizieren zu wenden haben. Er scheint nicht begreifen zu wollen, daß das Bekenntnis zur Republik eine selbstverständliche Voraussetzung des Dienstes in der republikanischen deutschen Armee ist. Er benutzt außerdem seine militärische Stellung dazu, eine rein seiner persönlichen Auffassung entsprechende Eingabe an den Reichswehrminister auf dem Instanzenwege bei den Truppenteilen verbreiten zu lassen, um diese darauf festzulegen. Es bedarf wohl keiner Diskussion, daß dies einen Akt von unzulässiger und höchst sonderbarer Eigenmächtigkeit darstellt.“ Wir unsererseits möchten hier nur die Frage aufwerfen: Woher hat der „Vorwärts“ so prompt die wörtliche Kenntnis des Briefes? Liegen hier nicht auch Indiskretionen vor, die der „Vorwärts“ aufs schärfste verurteilt, wenn sie sich in anderen Blättern finden?

Deutsches Reich.

Ein Einheitsverband der Angestellten.

Der Verein der Deutschen Kaufleute E. V. in Berlin teilt mit:

Am 22. Juli 1919 haben die seit mehreren Monaten schwebenden Verhandlungen zur Schaffung eines Einheitsverbandes aus verschiedenen Berufsverbänden der Angestellten zu dem Ergebnis geführt, daß sich der Deutsche Gruben- und Fabrikbeamten-Verband, Bochum, der Deutsche Privat-Beamten-Verein, Magdeburg, der Kaufmännische Verein von 1858, Hamburg, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, und der Verein der Deutschen Kaufleute, Berlin, zu einer neuen Organisation zusammenschließen. Leitende Gesichtspunkte für den Zusammenschluß sind:

Vereinigung aller kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten in freiheitlich-nationalem Geiste auf streng gewerkschaftlicher Grundlage. Die Organisation kämpft mit allem Nachdruck für die volle Würdigung der geistigen Arbeit im Wirtschaftsleben und deren unbedingte Gleichbewertung unabhängig von der Kopfzahl der Berufsangehörigen mit der Handarbeit. Sie tritt ein für das freie Recht der Persönlichkeit. Sie lehnt daher bei aller Anerkennung der durch Staatsnotwendigkeiten gebotenen Sozialisierung geeigneter Wirtschaftszweige jede Maßnahme ab, welche die freie Initiative als ausschlaggebendes Mittel nationalen und persönlichen Aufstiegs hemmen würde. In allen Fällen besteht sie auf vollem Mitbestimmungsrecht der Angestellten in Gleichberechtigung neben den Vertretungen der Handarbeiter, sowohl gegenüber den einzelnen Betrieben, als auch in den von der Gesetzgebung zu schaffenden öffentlichen Wirtschaftsorganen.

Für den Ausbau der neuen Organisation wurden folgende Grundzüge festgelegt:

1. Unter der Bezeichnung: Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. A.) wird die Organisation ihren Sitz in Berlin haben. An der Spitze werden ein besoldeter Vorstand und ein ehrenamtlicher Verwaltungsrat stehen.
2. Als seine Aufgaben betrachtet der G. d. A. die Sozialpolitik der Angestellten und das gesamte Gebiet gewerkschaftlicher Arbeit einschließlich des Stellennachweises und der Unterstützung bei Streiks und Maßregelungen.
3. Alle bestehenden Geschäftsstellen der zusammengeschlossenen Verbände werden in einheitliche Geschäftsstellen des Gewerkschaftsbundes umgewandelt.
4. Die Mitglieder der beteiligten Berufsverbände faßt der G. d. A. in Fachgruppen zusammen, deren örtliche Mitgliedschaften an den einzelnen Plätzen ein Gewerkschaftskartell des Bundes bilden. Wohlfahrtseinrichtungen, Bildungsfragen und Jugendabteilungen verbleiben neben einigen anderen Organisationszweigen den Berufsverbänden.
5. Der Gewerkschaftsbund wird ein eigenes Organ herausgeben. Ein Bundestag des G. d. A. und besondere Vertretertage seiner Fachgruppen gewährleisten die einheitliche sozialpolitische und gewerkschaftliche Arbeit im Sinne der Mitglieder.

Ausland.

Frankreichs Finanzen.

WTB. **Paris, 24. Juli.** In der gestrigen Kammersitzung sagte Finanzminister Klotz in Erwiderung auf die Interpellation über die Finanzpolitik der Regierung, daß die Emission der Schatzscheine zunehme, während die Vorschüsse der Bank von Frankreich zurückgingen. Für die beabsichtigte neue Anleihe müsse der günstige Augenblick abgewartet werden. Die Liquidierung der aufgestapelten Vorräte werde erhebliche Einnahmen bringen. Die neuen Eisenbahntarife werden gestatten, die Reisenden an Stelle der Steuerzahler zahlen zu lassen. Der Minister erklärte, daß er jede Steuer annehmen werde, und ersuchte das Parlament um seine Mitarbeit bei der Einrichtung von Staatsmonopolen. Ueber die finanziellen Beziehungen zu den Alliierten führte Klotz aus, daß die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen erfolgreich durchgeführt werden.

Versailles, 24. Juli. Aus der Erklärung des Finanzministers Klotz verdient hervorgehoben zu werden: Er beabsichtigt im August oder September eine Anleihe im Betrage von 700 bis 800 Millionen Franken zugunsten der Eisenbahnen aufzunehmen. Ein weiterer neuer Typ von Anleihe mit Auslosungen soll zugunsten der wieder aufzubauenden Gebiete aufgelegt werden.

Kabinettskrise in der Türkei.

WTB. **Konstantinopel, 24. Juli.** Havas. Der Großwesir hat am 21. Juli die Demission des Kabinetts überreicht. Abid Scherif Pascha wurde mit der Neubildung beauftragt. Als Minister ohne Portefeuille bleiben nur Tewfik Pascha und Izzet Pascha. Der Scheich ül Islam, sowie die Minister der Finanzen, des Unterrichts und der frommen Stiftungen behalten ihre Portefeuilles. Neu treten ein in das Ministerium Nizin Pascha (Marine), Halil Pascha (Justiz), Mustafa Bei (öffentliche Arbeiten), Abuk Pascha (Krieg), Adil Bei (Inneres).

Halle und Umgebung.

Halle, den 25. Juli 1919.

Hallescher Beamtenausschuß.

Der Beamtenausschuß (Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes) hielt unlängst eine von Vertretern stark besuchte Sitzung ab. Der Vorsitzende wies zunächst auf den gelungenen Verlauf der 10jährigen Gründungsfeier hin und bedauerte dabei, daß, während alle anderen Behörden Vertreter entsandt hatten, der Magistrat unvertreten war. Das sei angesichts der großen Zahl der städtischen Beamten wie überhaupt der Bedeutung der hallischen Beamtenschaft höchst bedauerlich gewesen. Sollte der hallische Magistrat noch nicht zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß solche Höflichkeitsakte auch mit dazu beitragen, ein gutes Verhältnis zwischen Behörde und Beamtenschaft herzustellen. — Die Kosten für die Veranstaltung sind nicht ganz gedeckt worden. Der Rest wird auf die Kasse übernommen.

Sodann referiert Herr Sperl über die Beschäftigung weiblicher Aushilfskräfte bei den Behörden. Er stellt fest, daß bei der Eisenbahnverwaltung nach und nach die Entlassung der Aushilfskräfte erfolgt ist. Anders bei der Stadt und Postverwaltung. Hier seien noch etliche 100 solcher Hilfskräfte angestellt. In einer Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit männlicher Kräfte wäre das nicht gerechtfertigt. Es sei nichts dagegen einzuwenden, ja sogar zu fordern, daß Kriegerwitwen weiter beschäftigt würden. Ebenso würde nichts dagegen einzuwenden sein, wenn solche weiblichen Kräfte weiterbeschäftigt werden, die als Ernährer ihrer Familie zu gelten haben. Aber die Beschäftigung der sogenannten Haustöchter müsse eingestellt werden. Beispielsweise sei die Zahl der beschäftigungslosen kaufmännischen Angestellten sehr groß. Darunter befänden sich viele Kriegsbeschädigte. In erster Linie sei es Aufgabe der Behörden, aus diesen Kreisen die geeigneten Kräfte zu entnehmen und daneben dann noch die beschäftigungslosen brauchbaren männlichen Kräfte zu bedenken. Er stellt schließlich den Antrag, den Vorstand zu ersuchen, dieserhalb bei den Behörden schleunigst vorstellig zu werden. An die Ausführungen schloß sich eine sehr ausgedehnte Aussprache, die im allgemeinen Uebereinstimmung ergab. Festgestellt wurde, daß selbstverständlich die diätarisch beschäftigten Damen nicht entlassen werden sollten. Der Vorsitzende wies ferner darauf hin, daß namentlich für die Ausübung des Fernsprechdienstes Kriegsbeschädigte oder sonstige männliche Personen nicht brauchbar seien. Hier müssen auch weiter neben den eigentlichen Beamtinnen im Bedarfsfalle weibliche Hilfskräfte Verwendung finden. Dagegen ließen sich unschwer namentlich auch bei der Stadtverwaltung in den verschiedenen Stellen, beim Lebensmittelamt usw., Kriegsbeschädigte und männliche Hilfskräfte unterbringen. Interessant war dabei, daß fast sämtliche Redner der Tätigkeit der Damen volle Anerkennung zuteil werden ließen und daß die Vertreterin des Postbeamtinnenvereins sich mit den Ausführungen der Redner einverstanden erklärte.

Alsdann wurde vom Vorsitzenden ein kurzes Referat über den Verkehrsbeamtenstreik erstattet und bedauert, daß entgegen den Beschlüssen der Organisation sich auch Eisenbahnbeamte am Streik in Berlin und anderen Orten beteiligt hätten. Erfreulicherweise sei das aber nur ein geringer Bruchteil gewesen. Die große Masse habe sich gegen diese wilden Streiks gewandt. Er kam dann auf die Unzufriedenheit in jenen Kreisen zu sprechen, die insofern Berechtigung habe, als das Einkommen gegenüber den Löhnen der Arbeiter weit zurückgeblieben sei. Wenn hier ein Ausgleich gefordert würde, so sei das durchaus verständlich. Er berichtet über die Verhandlungen des Deutschen Beamtenbundes mit der Regierung, an denen er teilgenommen habe und ferner über die Beratungen des Ausschusses der Nationalversammlung und gab dem Wunsche Ausdruck, daß etwas Ersprießliches zustande kommen möchte. In der Aussprache wurde der Notlage Ausdruck gegeben und schleunigste Abhilfe gefordert. Insbesondere war man auch der Meinung, daß die Stadt Halle der ersten Teuerungsklasse einzugliedern sei. Nach dieser Richtung werden demnächst Schritte unternommen werden.

Zum Schluß forderte man vom Magistrat eine bessere Lebensmittelversorgung unter Hinweis auf andere Großstädte. Der Magistrat habe es nicht verstanden, außergewöhnliche Lebensmittel heranzuschaffen.

Ansiedlung stellenloser Gutsbeamten. Im Hinblick auf die außerordentlich hohe Zahl stellenloser Gutsbeamten hat, wie man uns schreibt, die Hauptstelle für Gutsbeamtenvermittlung (Berlin, Turmstr. 9) neuerdings versucht, die Beamten, soweit sie Kapital besitzen, anzusiedeln, zu welchem Zweck mit den Ansiedlungsgesellschaften im Deutschen Reich Fühlung genommen wurde. Da zur Deckung der Unkosten die von den Bundesstaaten bewilligten Beihilfen nicht ausreichen, ist die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Vermittlung notwendig geworden. Diese erfolgt nach folgenden Grundsätzen: Bei Stellen mit einem Gesamtjahreseinkommen bis 1200 Mk. 10, 1200—1800 Mk. 15, 1800—2400 Mk. 20, 2400 bis 3000 Mk. 25 und für jede weiteren vollendeten 500 Mk. 5 Mark. Als Geldwert der freien Station für einen Unverheirateten werden 900 Mk., des Deputats für einen Verheirateten, sofern dieses nicht zahlenmäßig festgestellt werden kann, 2000 Mk. jährlich angenommen. Für Elevenstellen sind 20 Mk. Gebühren zu entrichten. Für die Vermittlung einer Ansiedlung soll 1 Proz. des Ankaufswertes des Ansiedlungsgegenstandes von dem Ansiedler gezahlt werden. Die Hauptstelle hat ferner schon eine größere Anzahl stellenloser Gutsbeamten in passenden Stellungen untergebracht, was in der Hauptsache durch Anzeigen auch in unserem Blatte geschehen ist.

Die Neupflasterung des Straßenzuges Schmeerstraße—Alter Markt—Rannische Straße ist für die nächsten Monate in Aussicht genommen. Die Besitzer der anliegenden Grundstücke sind gehalten, etwaige Hausanschlüsse für Kanal-, Gas-, Wasser-, elektrische und Fernsprechleitungen, soweit solche neu hergestellt oder geändert werden müssen, jetzt ausführen zu lassen, da in den nächsten 3 Jahren Aufgrabungen in diesen Straßen nicht gestattet werden können.

Provinzial-Nachrichten.

Weißenfels, 24. Juli. (Pocken.) In der Stadt Weißenfels sowie im Kreise Weißenfels, namentlich in Burgwerben und Jaucha, sind die Pocken ausgebrochen. Die Erkrankungen haben einen derartigen Umfang angenommen, daß eine Gefahr der Ausbreitung besteht. Es muß deshalb eine allgemeine freiwillige Pocken-Schutzimpfung vorgenommen werden.

Jena, 23. Juli. (Dorovius †.) Am Montag wurde hier zur ewigen Ruhe bestattet ein Mann, der sich um die Stadt Jena sehr verdient gemacht hat: der Ingenieur Ernst Dorovius. Ihm verdankt die Stadt in erster Linie ihr schönes Krematorium, das für viele Anlagen dieser Art in Deutschland vorbildlich gewesen ist. Als Feuerungstechniker von Beruf genoß er weit über die Grenzen unseres Vaterlandes wohlverdienten Ruf.

Erfurt, 23. Juli. (Sparkassenbeamten-Vereinigung.) Gelegentlich der am 17. und 18. Juli in Erfurt stattgefundenen Tagung des Sparkassen-Verbandes Sachsen-Thüringen-Anhalt bezw. auch dessen Giro-Verbandes wurde eine Hauptversammlung von Beamten der obigem Verbande zugehörigen Sparkassen abgehalten und dabei die seit dem vorigen Jahre vorbereitete Gründung einer Sparkassenbeamten-Vereinigung vollzogen. Der Zweck dieser Vereinigung ist, durch öfteres Zusammenkommen der Sparkassenbeamten in den einzelnen Bezirken das Besprechen neuzeitlicher Einrichtungen im Gebiete des Sparkassenwesens und die Austauschung von Erfahrungen zu ermöglichen. Selbstverständlich wird auch die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder angestrebt.

Weimar, 24. Juli. (15 Jahre Zuchthaus für die Urheber des Putsches.) Das Kriegsgericht verurteilte die Rädelsführer des letzten Putsches, Feldwebel Schwarz zu 15 Jahren Zuchthaus und zwei Landesjäger zu 5 Jahren Gefängnis. Die übrigen erhielten längere Gefängnisstrafen.

Eisenach, 24. Juli. (Die Spartakistenangriffe auf den Güterbahnhof) fanden in der vorvergangenen Nacht eine neue Wiederholung. Eine bewaffnete Bande griff um 12 Uhr nachts den auf dem Güterbahnhof haltenden Panzerzug der Regierungstruppen mit Handgranaten, Gewehren und Pistolen an. Es entspann sich ein regelrechtes Nachtgefecht, bei dem Artillerie, Maschinengewehre und Minenwerfer in Tätigkeit traten. Die Angreifer mußten sich schließlich, anscheinend unter Verlusten, über den Hörselbach zurückziehen. Bei den Regierungstruppen sind keinerlei Verluste zu beklagen. Das Truppenkommando wird durch verstärkte Postenketten einer Wiederholung der Angriffe vorzubeugen suchen.

* **Ziegenrück, 23. Juli.** (Für den Anschluß Thüringens an Preußen.) In allen Gemeinden des Kreises Ziegenrück werden jetzt Unterschriften der wahlberechtigten Bevölkerung für eine Erklärung gesammelt, die sich gegen den Anschluß unseres Kreises an Thüringen wendet und dafür den gemeinschaftlichen Anschluß Thüringens an Preußen fordert. Diese Erklärung wird von der Bevölkerung nahezu einmütig unterschrieben. Daß die preußische Regierung eine solche Kundgebung nicht beachten und ohne Rücksicht darauf den Kreis an den neuen thüringischen Staat abtreten sollte, erscheint nicht glaubhaft.

— **Großheringen, 23. Juli.** (Feinste Butter als „Salatpaste“.) Unserer Gendarmerie, die die Bahnhofskontrolle ausübt, waren hier die Milchkannensendungen aus Tennstädt aufgefallen. Bei Prüfung der Anschriften erblickte man die Inhaltsangabe „Salatpaste“. Beim Oeffnen einer Kanne leuchtete dem Auge des Gesetzes die feinste Molkereibutter entgegen. Sie war für die Excelsior-Hotel-Gesellschaft in Berlin bestimmt. Am anderen Tage wurden erneut mehrere solche „Milchkannen mit Salatpaste“ hier umgeladen. Wieder fand der Gendarm die feinste Butter vor, die diesmal das Kristallpalast-Hotel in Leipzig bekommen sollte. Die köstlichen Sendungen wurden natürlich beschlagnahmt. Die Butter, zusammen etwa 60 Pfd., ist der Stadt Salza überwiesen worden.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Rennen zu Berlin-Grunewald am Donnerstag, den 24. Juli 1919.

(Eigene Drahtberichte der Saale-Zeitung.)

1. Preis von Römerhof. (8000 Mk., Lehrlingsreiten über 1400 Meter.) 1. Corinne, 2. Ochrida, 3. Namur. Tot.: Sieg 80, Platz 25, 43, 60 : 10. 14 liefen.
2. Immergrün-Jagdrennen. (Ehrenpreis und 10 000 Mark, Herrenreiten über 3500 Meter.) 1. Rosenkönig, 2. Cunnewave, 3. Eidam. Tot.: Sieg 22, Platz 14, 14, 55 : 10. 12 liefen.
3. Podbielski-Rennen. (27 000 Mk., für Dreijährige über 1800 Meter.) 1. Rosenritter, 2. Bannwart, 3. Glockenturm. Tot.: Sieg 92, Platz 14, 13 : 10. 6 liefen.
4. Geranium-Jagdrennen. (22 000 Mk., 4000 Meter.) 1. Savoyard, 2. Favoritin, 3. Nike. Tot.: Sieg 188, Platz 44, 28, 27 : 10. 13 liefen.
5. Preis von Harzburg. (10 000 Mk., 1600 Mtr.) 1. Seigneur, 2. Feuersnot, 3. Goldkind. Tot.: Sieg 13, Platz 11, 16, 14 : 10. 9 liefen.
6. Kremmener-Hürdenrennen. (13 000 Mk., Ausgleich III, für Vierjährige, 2700 Meter.) 1. Einmaleins, 2. Olaja, 3. Tearose. Tot.: Sieg 69, Platz 18, 15, 32 : 10. 13 liefen.
7. Engelbert-Fürstenberg-Rennen. (27 000 Mk., 3000 Meter.) 1. Harlekin, 2. Humbug, 3. Macht. Tot.: Sieg 104, Platz 21, 15, 26 : 10. 7 liefen.
8. Hart-Ausgleich. (22 000 Mk., 2000 Meter.) 1. Engadin, 2. Aladar, 3. Koroby. Tot.: Sieg 23, Pl. 13, 21, 18 : 10. 12 liefen.

Vermischtes.

Frost im Juli. Aus Erndtebrück wird uns gemeldet: Eigenartige Hundstage sind dem Wittgensteiner Ländchen beschert. In den letzten Nächten sank auf den Höhenlagen die Temperatur unter den Nullpunkt. An ungeschützten Stellen sind Bohnen und Kartoffeln erfroren.

Flugzeugs Ende. Chicago, 22. Juli. (Reuter.) Das neuerbaute große lenkbare Luftschiff geriet auf einem Probeflug in Brand und fiel aus 500 Fuß Höhe auf ein Bankgebäude. Die Benzinbehälter des Luftschiffes explodierten beim Aufschlagen. Von den Angestellten der Bank wurden 10 getötet und 25 verwundet.

Kaltennordheim, 23. Juli. (Ein weiblicher Bürgermeister.) Zum Bürgermeister der Gemeinde Steinberg bei Kaltennordheim wurde Frau Gastwirt Schuchert einstimmig gewählt. Steinberg ist somit der erste Ort im weimarischen Lande, der sich als Gemeindeoberhaupt eine weibliche Person erwählt hat.

Letzte Depeschen.

Die ungarisch-rumänischen Kämpfe.

WTB. **Budapest, 24. Juli.** Ungarisches Korr.-Bureau. Der Armeekommandant Eugen Landler teilt in einem Telegramm an den Vorsitzenden des revolutionären regierenden Rates über die Kämpfe gegen die Rumänen unter anderm mit: Die Rumänen setzten dem Uebergang unserer Truppen über die Theiß an den meisten Stellen hartnäckigen Widerstand entgegen. Der Ansturm unserer Truppen brach jedoch überall die Kraft des Feindes. Wir machten große Beute, darunter etwa 280 Eisenbahnwaggons und sonstiges Eisenbahnmaterial, 15 Kanonen und sehr viele Maschinengewehre.

Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die letzte Abonnementsquittung beizufügen.)

Brocken 100. Die Stelle, die Ihrer Frau die Ausübung der Massage und das Verabreichen von Bädern untersagt, hat vom Geist der heutigen Zeit keinen Hauch verspürt. Wenden Sie sich mit einem Gesuch um Ausübung dieses Berufes an die Regierung in Merseburg.

E. R. in H. 1. Der Polenführer Paderewski ist tatsächlich der einst auch in Deutschland vielgefeierte Klavierkünstler, der seine Verhimmelung durch die deutschen Verehrer mit einem namenlosen Haß gegen Deutschland auf politischem Gebiete quittiert hat. 2. Ihre Frage, was Dadaismus ist, können wir nicht klipp und klar beantworten; denn was wir über diese geistige Verstiegenheit gelesen und gehört haben, läßt darauf schließen, daß sich seine Jünger und Anhänger hierüber selbst nicht völlig klar sind. Der Dadaismus äußert sich in Stammellauten, deren Bedeutung, wie den Säuglingen ihre lautlichen Lebensäußerungen, den Urhebern wahrscheinlich selbst nicht zum lichtvollen Bewußtsein kommt. Wenn der Dadaismus und seine dichterischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190725016/fragment/page=0003

Kundmachungen etwa die Kunst der Zukunft beherrschen sollten, dann gehen wir wieder in das Zeitalter der Menschen-Kindheit zurück. Aber vielleicht ist diese Rückentwickelung angesichts der Zerfahrenheit unserer heutigen Kulturzustände tatsächlich ein Fortschritt. Dann kann ja die Menschheit noch einmal von vorn anfangen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Zur Stütze der Kriegsanleihen.

Gründung der Reichsanleihe-A.-G. mit 400 Millionen Mk. Kapital.

Berlin, 24. Juli. Zum Zwecke der Regulierung des Kriegsanleihemarktes hat sich unter Führung der Reichsbank und unter Reichsgarantie ein Konsortium gegründet, zu dem außer der preußischen Staatsbank (Seehandlung), der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, der in ihrem Verband zusammengeschlossenen öffentlich-rechtlichen Banken und dem Verbande der Girozentralen die deutschen Sparkassen, die großen Banken und Bankhäuser, sowie überhaupt nahezu alle bedeutenderen deutschen Bankfirmen zur Mitwirkung eingeladen sind. Das Konsortium soll in Erfüllung der Erklärungen, die seitens des Reichsbankpräsidenten im Laufe des Krieges wiederholt abgegeben worden sind, dafür Sorge tragen, daß die Verkaufsmöglichkeit für Kriegsanleihen auch dann erhalten bleibt, wenn infolge Wiederauffüllung der Warenläger oder aus einem anderen Grunde große Anleihebeträge in kurzer Zeit an den Markt kommen. In solchen Fällen soll es ungerechtfertigte, in den äußeren oder inneren Verhältnissen nicht begründete Kurssenkungen von Kriegsanleihe hintanhalten. Vor allem aber ist seine Bestimmung, die aufgenommenen Beträge wieder zu dauernder Anlage unterzubringen, um die Umwandlung konsolidierter in schwebende Schulden zu verhüten. Der große Umfang des möglicherweise in Frage kommenden Materials hat den Zusammenschluß eines entsprechend finanzkräftigen Konsortiums bedingt. Die verfolgten Zwecke bringen es aber mit sich, daß nicht nur an eine vorübergehende Aktion gedacht ist, und aus diesem Grunde hat man es für notwendig erachtet, dem Konsortium ein in sich fester geschlossenes Organ, nämlich eine Aktiengesellschaft, zur Seite zu stellen, die den Namen „Reichsanleihe-Aktiengesellschaft" tragen soll und für die ein Aktienkapital von 400 Millionen Mark in Aussicht genommen ist.

Damit wird diese Aktiengesellschaft die größte deutsche Aktiengesellschaft bilden und befähigt sein, auch für etwa erforderliche erhebliche Anleihekäufe die notwendigen Kredite zu beschaffen. Die Aktien der zu gründenden Aktiengesellschaft sollen kein Handelsobjekt bilden; sie bleiben vielmehr dauernd im Besitz des Konsortiums. Sie beziehen keine Dividende. Wie das Reichsbankdirektorium die Leitung des Konsortiums in Händen hat, wird es auch eines seiner Mitglieder in den Vorstand der Aktiengesellschaft entsenden, in deren Aufsichtsrat der Reichsbankpräsident Havenstein den Vorsitz führt. Der gesamte Aufsichtsrat und Vorstand der Gesellschaft wird ehrenamtlich tätig sein. Obgleich bei der gegenwärtigen Lage des Marktes der Kriegsanleihe ein sofortiges Eingreifen des Konsortiums nicht in Frage kommt und auch keineswegs daran gedacht ist, auf eine Steigerung des Kurses oder auch nur auf ein starres Festhalten am jetzigen Kursniveau hinzuwirken, wird man für alle Fälle gerüstet sein, voraussichtlich doch schon in der allernächsten Zeit die Gründung der Aktiengesellschaft vorzunehmen.

Zur geplanten Abstempelung von Papiergeld und Wertpapieren.

Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat an die Nationalversammlung in Weimar folgendes Telegramm gerichtet:

„Zeitungsmeldungen über vom Reichsministerium beabsichtigte Abstempelung von Papiergeld und Wertpapieren veranlassen uns erneut aufs ernsteste und dringendste vor dilettantischen Maßnahmen zur Steuerfluchtbekämpfung zu warnen. Die Abstempelung vermag schon wegen absoluter technischer Unmöglichkeit ihrer ordnungsmäßigen Durchführung eine Steuerflucht wirksam nicht zu verhindern, gefährdet aber den legitimen Verkehr aufs allerschwerste durch künstliche Erzeugung einer Zahlungsmittelnot und durch Förderung eines Falschgeldunwesens von bisher unerhörtem Umfange. Die in den österreichischen Teilstaaten unter weit weniger schwierigen Verhältnissen gemachten äußerst ungünstigen Erfahrungen sollten vor jedem Versuch einer Nachahmung abhalten, nicht minder aber die Rücksicht auf den durch solche Maßnahmen schwer gefährdeten Kredit Deutschlands im Auslande. Wir behalten uns eingehende Begründung unserer von allen namhaften Sachverständigen auch außerhalb unseres Kreises geteilten Bedenken vor."

Zur Stillegung der Kalischächte Orlas, Nebra, Georg und Unstrut

wird uns von der Verwaltung geschrieben:

In der Nr. 162 vom 19. d. Mts. bringt die hallische „Volksstimme" unter dem Abschnitt „Aus der Provinz" einen gegen uns gerichteten Hetzartikel „Wer hungert das Volk aus", welcher nicht den Tatsachen entspricht. Zur Klarstellung bemerken wir folgendes:

Allerdings ist am 1. d. Mts. auf den Kaliwerken Orlas, Nebra, Georg, Unstrut, Roßleben und Thüringen nach vorheriger ordnungsgemäßer Kündigung der Arbeiter vorübergehend der Betrieb stillgelegt worden, aber nicht aus Willkür oder Profitgier der Werksverwaltungen, wie die Volksstimme angibt, sondern wegen Unbotmäßigkeit und geringer Leistung der Arbeiter. Diese hatten sich nämlich infolge Verhetzung durch den kommunistischen Bezirksbergarbeiterrat in Halle allerlei Uebergriffe erlaubt, u. a. auch die Arbeitszeit willkürlich verkürzt. Nachdem alle Versuche, die Belegschaften zur Innehaltung der tariflich festgelegten Arbeitszeit zu bewegen, vergeblich waren, blieb den Werksleitungen weiter nichts als die Schließung der Betriebe übrig, wenn sie diese nicht ganz der Willkür der Arbeiter preisgeben wollten. Bezeichnend für die Haltung der Arbeiter ist es, daß am 14. und 16. Juni auf den Werken Roßleben und Thüringen die Direktoren von der Arbeiterschaft mißhandelt und unter der Drohung — sie in den Schacht zu werfen — von ihnen Zugeständnisse erpreßt wurden. Die Werksverwaltungen haben am 2. bezw. 3. d. Mts. durch die Zeitungen bekanntgemacht, daß sie arbeitswillige Leute, welche die Arbeitsordnung und die Tarifverträge anerkennen, wieder einstellen würden. Die Belegschaften von Roßleben und Thüringen nahmen diese Bedingungen an und erklärten sich zu einer höheren Arbeitsleistung bereit, so daß auf diesen Werken der Betrieb schon vor 14 Tagen wieder aufgenommen werden konnte. Die Belegschaften der 4 anderen Werke fanden sich jedoch erst nach 2 Wochen Feierns bereit, mit der Werksverwaltung wegen Wiederaufnahme des Betriebes in Verhandlung zu treten und lehnten dann noch die geforderte mäßige Leistungserhöhung ab. Da die Gewerkschaften bei den bisherigen unzureichenden Leistungen der Arbeiter wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden, wollen die Werksleitungen den Betrieb nicht eher aufnehmen, ehe die Arbeiter sich nicht zu einer angemessenen Leistung verpflichten.

Betriebseinstellungen aus dem gleichen Grunde wie im vorliegenden Falle werden übrigens auch aus dem oberschlesischen Industriegebiet gemeldet.

Abänderung des Gesetzes über die Kohlenwirtschaft.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend Abänderung des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919 zugegangen. Unter anderem soll der Staatenausschuß ermächtigt werden, im Einvernehmen mit dem von der Nationalversammlung eingesetzten Ausschuß die Zahl der Mitglieder des Reichskohlenrates sowie die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Gruppen abzuändern. Eine Erhöhung der Gesamtzahl auf mehr als 60 (bisher 50) Mitglieder ist unzulässig. — Es ist zu hoffen, daß die neu hinzukommenden Sitze so besetzt werden, daß nicht, wie dies bisher vorgesehen war, die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammen die absolute Vorherrschaft im Reichskohlenrate haben, und daß auch die Vertreter der Verbraucher und die Wortführer allgemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte mehr zur Geltung kommen. Die Kohlenwirtschaft darf nicht lediglich nach den Wünschen der unmittelbaren Interessenten — und das sind die Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Kohlenbergbaues, die insbesondere in der Frage der Preisfestsetzung häufig zum Nachteil der Kohlenverbraucher an einem Strang ziehen — orientiert werden. Weiterhin wird bestimmt, daß der Zeitpunkt für die Errichtung des Reichskohlenrates und der Verbände durch die Reichsregierung unter Zustimmung des Staatenausschusses und des Nationalversammlungsausschusses bestimmt wird. Als spätester Zeitpunkt darf der 30. September 1919 bestimmt werden.

Das ursprüngliche Gesetz sah vor, daß der Reichskohlenrat und die Verbände bis zum 30. Juni 1919 errichtet werden mußten. Dies ist aber nicht geschehen, und zwar deswegen, weil bis zum Abschluß des Friedensvertrages nicht feststand, welche Kohlengebiete beim Reiche verbleiben würden. Wenn nunmehr die Frist für die Bildung des Reichskohlenrats und der Verbände bis zum 30. September 1919 hinausgeschoben wird, so ist damit auch das eigentliche praktische Inkrafttreten der Gemeinwirtschaft des Kohlenbergbaues entsprechend vertagt.

Die neue Fassung des Kriegsabgabe-Entwurfs.

Der Entwurf des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 hat in der ersten Lesung der Kommission in bezug auf die Abgabe der natürlichen Personen ziemlich erhebliche Abänderungen erfahren. Wir wollen die neugeschaffene Sachlage durch Gegenüberstellung der im Regierungsentwurf vorgesehenen Sätze zu den von der Kommission angenommenen klarlegen:

Abgabe beim abgabepflichtigen Mehreinkommen:

Fassung des Entwurfes:

für die ersten 10 000 Mark		5 Proz.
für die nächsten angefang. oder vollen	10 000 Mk.	10 Proz.
„ „ „ „ „	30 000 Mk.	20 Proz.
„ „ „ „ „	50 000 Mk.	30 Proz.
„ „ „ „ „	100 000 Mk.	40 Proz.
„ „ weiteren Beträge		50 Proz.

Beschluß der Kommission:

für die ersten 10 000 Mark		5 Proz.
für die nächsten angefang. oder vollen	10 000 Mk.	10 Proz.
„ „ „ „ „	30 000 Mk.	20 Proz.
„ „ „ „ „	50 000 Mk.	30 Proz.
„ „ „ „ „	100 000 Mk.	40 Proz.
„ „ „ „ „	100 000 Mk.	50 Proz.
„ „ „ „ „	100 000 Mk.	60 Proz.
„ „ weiteren Beträge		70 Proz.

Der Beschluß der Kommission folgt also dem Regierungsentwurf bis zum 40 proz. Satz, der bei einem Vermögen von 203 000 Mark auf das letzte 100 000 erhoben wird (3000 Mk. bleiben, wie bekannt, steuerfrei). Sodann aber begnügt er sich nicht mehr damit, die überschießenden Beträge gleichmäßig mit 50 Proz. Steuer zu erfassen, sondern besteuert nur die nächsten 100 000 Mk. mit 50 Proz., weitere 100 000 Mark aber mit 60 Proz. und alle weiteren Beträge dann mit 70 Proz.

Der finanzielle Effekt dieser Abänderung ist bei den hohen Mehreinkommen sehr bedeutend. Hat z. B. eine natürliche Person, die der Abgabepflicht unterliegt, ein Mehreinkommen von 603 000 Mk. aufzuweisen, so hat sie nunmehr dafür eine Gesamtabgabe von 312 000 Mk. zu entrichten, also schon mehr als die Hälfte des Mehreinkommens abzugeben. Nach der alten Fassung des Entwurfs hätte dagegen die Abgabe nur 262 500 Mk. betragen. Ein noch weitergehender Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten, mit der Steuerstaffel bei den 1 Million Mark überschreitenden Mehreinkommen bis auf 80 Proz. hinaufzugehen, war abgelehnt worden.

Devisenkurse.

Berlin, 24 Juli.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	590,00	590,50	580,00	580,50
Dänemark	100 Kr.	348,00	348,50	340,00	340,50
Schweden	100 Kr	379,00	379,50	371,00	371,50
Norwegen	100 Kr.	367,00	367,50	359,00	359,50
Schweiz	100 Fr.	275,00	275,25	270,00	270,25
Oesterreich	100 K.	44,95	45,05	44,95	45,05
Ungarn		—,—	—,—	—,—	—,—
Bulgarien	100 Leva	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 292,00 Brief 293,00 für 100 Pesetas
Helsingfors 100,25 100,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 24. Juli. Im Börsenverkehr entwickelte sich lebhafteres Geschäft zu erheblich steigenden Kursen in türkischen Werten, von denen Türkische Tabakaktien 30 Prozent gewannen. Ferner stiegen Kanadaaktien bei lebhaften Umsätzen. Auf dem Umsatzgebiet der Hütten- und Bergwerksaktien wurde Bismarckhütte auf die Zeitungsmeldung von größeren Aufträgen um über 6 Prozent gesteigert und bildete den Ausgangspunkt für Käufe in gleichartigen Werten. Hiervon profitierten besonders Oberschlesischer Eisenbahnbedarf, Oberschlesische Eisenindustrie und Laurahütte. Demgegenüber waren rheinisch-westfälische Werte meist vernachlässigt. Jedoch gewannen bei mäßigen Umsätzen Harpener, Deutsch-Luxemburger und Rombacher bemerkenswerte Besserungen. Farbwerte schwächten sich mit Ausnahme für Höchster um einige Prozent ab. Von Elektrizitätswerten bewahrten nur A. E. G. Festigkeit. Die Spezialwerte zeigten keine einheitliche Kursbewegung. Als gebessert sind zu nennen Gebrüder Böhler und Orenstein und Koppel. Schiffahrtsaktien konnten ihren Kursstand nicht behaupten. Im Verlaufe erfuhr der Verkehr eine gewisse Erschlaffung, mit der eine leichte Abschwächung verbunden war, die jedoch schließlich wieder einer Erholung Platz machte. Am Anlagemarkt ging es sehr ruhig zu. Kriegsanleihe wurde zu 83⅞ umgesetzt. Oesterreichische und ungarische Papiere schwächten sich bei geringen Umsätzen um ½ bis 1 Prozent ab.

Produktenbericht.

Berlin, 24. Juli. Für den Handel in Saatgetreide sind nunmehr die Zuschläge zu den gewöhnlichen Höchstpreisen für Roggen, Weizen und Gerste bekanntgegeben worden, und zwar sind diese Zuschläge infolge Fortfalls der Frühdruschprämie um 50 Mark niedriger als vorerst vorgeschlagen. In Lupinen ist das Geschäft sehr still geworden. Für Serradella zeigt sich andauernd Angebot auf Lieferung neuer Ernte. Heu und Stroh sind viel zu kaufen.

Erhöhung der Bankzinssätze. Die Berliner Bankenvereinigung hat in Uebereinstimmung mit den Vereinigungen in Köln, Hamburg und München beschlossen, die Zinssätze mit Wirkung ab 1. Juli wie folgt festzusetzen: a) für Geld, das noch im gleichen Monat fällig wird, 2½ Proz.; b) für Geld, das über Monatsende hinaus bis längstens zum Ende des nächsten Monats gegeben wird, 3 Proz. Außerdem werden für Einlagen mit täglicher Kündigung 1½ Proz., für Geld unkündbar bis 3 Monate 3½ Proz., für Einlagen unkündbar von drei bis sechs Monaten 3½ Proz. und für Geld mindestens sieben Monate unkündbar bis 3¾ Proz. gezahlt.

Reichsbund Deutscher Textildetaillisten-Verbände E. V., Berlin W. 8., Leipziger Str. 107. Der Geschäftsführende Ausschuß des Reichsbundes Deutscher Textildetaillisten-Verbände E. V. hat in seiner Sitzung vom 19. Juli grundsätzlich die Durchführung der Bindung an Reichsbundbeschlüsse in Konventionsfragen beschlossen und auf die Tagesordnung der diesjährigen Vollversammlung gesetzt. Einführung von Einheitsbedingungen im Textilhandel und die Wiederkehr normaler Kaufbedingungen soll nunmehr energisch betrieben werden. Zu den neuen Steuervorlagen wurde Stellung genommen. Eine tunlichste Schonung des Betriebskapitals bei der Vermögensabgabe und Vermeidung jeder überflüssigen Belästigung in der Steuerform bei der Umsatzsteuer werden gefordert. Gegen die durch das kommende Betriebsratsgesetz in der bisher vorliegenden Form drohenden Gefahren für den Betrieb, die hauptsächlich in der vorgesehenen Mitwirkung in der Geschäftsleitung und bei Neueinstellungen erblickt werden, wurden ernste Bedenken geäußert, namentlich auch gegen die Einsetzung eines Betriebsobmanns mit weitgehenden Rechten bei kleinsten Betrieben. Den größten Raum nahmen die Beratungen über die Warenverteilung und die Absichten der Regierung auf dem Gebiet der Textilversorgung für die kommende Zeit ein. Gegen die durch die Behörden verursachte Verschleppung der Verteilung der Reichsbestände wurde großer Unmut laut. Eine der Zeitlage entsprechende Preispolitik bei Uebernahme von Reichsware wurde eingehend besprochen. Die Notstandsversorgung würde der Textileinzelhandel gerne übernehmen in dem Wunsch, seine wirtschaftliche Aufgabe im allgemeinen Volksinteresse zu erfüllen, und in der Gewißheit, dazu besser, schneller und billiger in der Lage zu sein, als kommunale Stellen.

Berliner Börse

vom 24. Juli 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:		Döring & Lehrmann	120,00
Halberst.-Blankenb.	——	Dürkoppwerke	290,00
Halle-Hettstedter	70,50	Elberfelder Faber	295,00
Schantungbahn	129,64	Felten & Guilleaume	158,00
Allg. Lokal-Str.	133,00	Gasmotoren Deutz	142,84
Gr. Berl. Str.	121,00	Gebhard & Co	237,00
Magdeburger Str.-B.	——	Gebbard & König	115,00
Prinz-Heinrich-B.	295,50	Gelsenkirchen Berg	176,75
Orientbahn	251,50	Glauziger-Zuckerfbk.	265,00
Schiffahrts-Aktien:		Hallesche Maschfbk.	314,00
Hambg. Paketfahrt	100,50	Hann. Masch.	316,00
Hambg. Südamerika	172,25	Harpener Berg	168,00
Hansa-Dampfschiff.	225,00	Hasper Eisen	150,00
Nordd. Lloyd.	102,75	Hirsch Kupfer	219,00
Bank-Aktien:		Höchster Farbw.	297,25
Bank f. Thür.	——	Hoesch Eisen u. Stahl	214,84
Berl. Handelsges.	154,00	Hohenlohe-Werke	115,00
Commerz-Diskontobank	124,00	Humboldt Masch.	130,00
Darmstädter Bank	108,84	Ilse Bergbau	803,00
Dessauische Landesbank	——	Kahla Porzellan	303,25
Deutsche Bank	196,00	Kaliw. Aschersleben	160,50
Diskonto-Comm.	155,00	Körbisd. Zucker-Akt.	——
Dresdner Bank	131,00	Kyffhäuserhütte	——
Leipzig Credit-Anst.	136,00	Lahmeyer & Co.	116,00
Mitteld. Kreditbank	114,25	Lauchhammer	167,00
Mitteld. Privatbank	111,00	Laurahütte	168,75
Nationalbank	——	Linke & Hofmann	265,00
Oesterr. Kredit	——	Ludwig Loewe & Co.	225,00
Reichsbank	148,50	Lothringer Hütte	150,00
Industrie-Aktien:		Mannesmannröhren	179,00
Schultheiss-Brauerei	248,75	Oberschl. Eisenb.-Bd.	138,00
Akt. f. Anilin	247,00	do. Caro Hag.	150,75
Allgem. Elektr. Ges.	177,12	do. Kokswerke	207,75
Ammendorfer Papierfbk.	——	Orenstein & Koppel	172,00
Anhalter Kohlenw.	——	Phönix Berg	195,00
Annaberger Steingut	179,00	Rhein. Metall-Vorz.	176,25
Badische Anilin	333,75	Rhein. Stahlwaren	141,25
Bergmann Elekt. Akt.	141,00	Riebeck. Montan	188,50
Berl. Masch.-Bau	201,50	Rombacher Hütten	155,00
Bismarckhütte	219,00	Rositzer Braunk.	110,00
Bochumer Gußstahl	184,25	Rositzer Zucker	158,25
Chem.-Fabr. Buckau	118,25	Sangerhäuser Masch.	229,00
Chem. Griesheim	198,75	Hugo Schneider A.-G.	186,00
Chem. Heyden	219,00	Schuckert & Co.	121,50
Consolidation Schalk	235,00	Siemens & Halske	164,75
Gröllwitzer Papierfbk	219,00	Stettiner Vulkan	167,75
Daimler Motoren	202,50	Stollberger Zinkh.	107,50
Deutsche Luxemburg	146,25	Strals. Spielkarten	240,00
Deutsche Uebersee Elektr.	221,00	Thale-Eisenhütte	235,00
Deutsche Erdöl	310,00	Triptis Porzellan	179,50
Deutsche Gasglühl.	395,00	Türk. Tabakregie	522,00
Deutsche Kali	176,00	Ver. Köln-Rottweiler	178,00
Deutsche Waffen u. Mun.	195,50	Ver. Glanzstoff	470,00
Donnersmarkhütte	206,00	Wegelin & Hübner	154,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	——
		Westeregeln Alkali	216,50
		Wittener Gußstahl	193,00
		Wrede Mälzerei	120,00
		Zechau-Kriebitsch Braunk.	——
		Zeitzer Masch.	354,00
		Zellstoff Waldhof	176,00
		Otavi-Minen	127,50

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg)
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mielchner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190725016/fragment/page=0004